

Konzeption einer Begleitausstellung zur  
Gedenkveranstaltung am 20. Februar 2013  
im Regierungspräsidium Darmstadt

- Schwerpunkt "Machtergreifung" -

**"Soll es so weit kommen?"** – das Plakat der SPD aus dem Jahr 1932 mutet gespenstisch prophetisch an.

Kaum ein Jahr später sind die ersten Weichen gestellt. Die sogenannte "Machtergreifung" durch die NSDAP vollzieht sich im Deutschen Reich wie auch im Volksstaat Hessen in atemberaubendem Tempo. Parlamentarische Gremien werden entmachtet, Köpfe ausgetauscht, ganze Länder "gleichgeschaltet", politische Gegner verfolgt und ermordet. Eine Katastrophe nimmt ihren Lauf...

Plakat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1932





## Der erste Schritt: Die Wahlen 1933 - ein Triumph für die NSDAP

Die Reichstagswahl im März 1933 - es war die letzte Wahl, zu der mehr als eine Partei antrat.

Die Stimmung im Vorfeld ist aufgeheizt, immer wieder kommt es zu Übergriffen von NSDAP-Mitgliedern auf politische Gegner und massiven Einschüchterungsversuchen von beiden Seiten. Am Ende triumphiert die NSDAP. Die erhoffte absolute Mehrheit bleibt ihr jedoch verwehrt.

Stimmzettel zur Reichstagswahl am 5. März 1933:  
Die NSDAP liegt deutlich vor den anderen Parteien

### Reichstagswahl

Wahlkreis Hessen-Darmstadt 5. III. 33.

<b>1</b>	<b>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei</b> (Hitlerbewegung) Hitler — Dr. Frick — Göring — Rosenber	<b>1</b>	(2661)
<b>2</b>	<b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b> Dr. Mierendorff — Rißel — Weber — Steffan	<b>2</b>	(1869)
<b>3</b>	<b>Kommunistische Partei Deutschlands</b> Thälmann — Brenzel — Zeiß — Geißt	<b>3</b>	(545)
<b>4</b>	<b>Deutsche Zentrumspartei</b> Dr. Brüning — Dr. Bokius — Knoll — Blank	<b>4</b>	(186)
<b>5</b>	<b>Kampffront Schwarz-weiß-rot</b> Dr. Hugenberg — Lahr — Dr. Meesmann — Bauer	<b>5</b>	(118)
<b>7</b>	<b>Deutsche Volkspartei</b> Dingeldey — Dr. Niepoth — Birnbaum — Becker	<b>7</b>	(113)
<b>8</b>	<b>Christlich-sozialer Volksdienst</b> (Evangelische Bewegung) Veidt — Greb — Wiemer — Kunz	<b>8</b>	(78)
<b>9</b>	<b>Deutsche Staatspartei</b> Dr. Heuß — Dr. Weiner — Dr. Kempf — Christ	<b>9</b>	(35)
<b>10</b>	<b>Deutsche Bauernpartei</b> Dr. Sehr	<b>10</b>	(3)

**Reichstag für Freiheit und Frieden**  
Wahlkreis Hessen-Darmstadt

---

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

**Adolf Hitler**

Heß Frick Göring Goebbels Sprenger

X

Wahlwerbung für Hitler im Wahlkreis Hessen-Darmstadt (StAD, R 13, Nr. 112)

## Eine denkwürdige Landtagssitzung



Abg. Klostermann, Fraktionsvorsitzender der N. S. D. A. P., verliest eine Erklärung zum Ermächtigungsgesetz.



Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
Karolinenplatz 3, 64289 Darmstadt  
Signatur: R 4 Nr. 20289

Verlesung einer Erklärung zum Ermächtigungsgesetz durch den Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der NSDAP Alfred Klostermann (1900-1945), 13. März 1933

### Erste Repressalien lassen nicht lange auf sich warten...

Es ist in der Tat eine "denkwürdige Landtagssitzung", die hier beginnt. Die Stühle der kommunistischen Abgeordneten bleiben leer – die KP-Mitglieder sind Opfer der ersten Verhaftungswellen geworden oder im Untergrund abgetaucht.

Die Sitzung beginnt ohne sie. Eine Erklärung zum Ermächtigungsgesetz wird verlesen.

Die Landesregierung übernimmt weitreichende Regierungsvollmachten.

Der Hessische Landtag zu Darmstadt wird im Oktober 1933 aufgehoben.



Der Hessische Staatsminister teilte mit Schreiben vom 26. Oktober 1933 (zu Nr. St.M. 1b 48039) dem Herrn Präsidenten des Landtags mit, daß nach einer Mitteilung des Herrn Reichsministers des Innern vom 17. Oktober 1933, der Deutsche Reichstag mit Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Oktober 1933 aufgelöst sei und daß auf Grund des § 11 des vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 (R. G. Bl. I S. 153) die Auflösung des Reichstags ohne weiteres die Auflösung des Hessischen Landtags bewirke.

Der Reichsstatthalter von Hessen hat in einem Schreiben vom 20. Oktober 1933 (Nr. 1985/R/33) noch mitgeteilt, daß er auf Anordnung des Reichskanzlers gemäß § 1 Abs. 1, Ziff. 2 des Reichsstatthaltergesetzes von der Anordnung der Neuwahl des Hessischen Landtags einstweilen absehe.

Der hessische Landtag ist aufgelöst, eine Wahl nicht mehr möglich.  
Auszug aus den Verhandlungen des Landtages des Volksstaates Hessen,  
1933

## "Die neuen Köpfe"

In rascher Folge werden Amtsträger ausgetauscht.

Dr. Ferdinand Werner wird erster nationalsozialistischer Staatspräsident (rechts in NS-Uniform).

Er löst den Sozialdemokraten Dr. Bernhard Adelung ab.



Überall wird neues Führungspersonal eingesetzt, neue Ämter entstehen - darunter das des **Reichsstatthalters**. Betraut wird mit dieser Position im "Reichsgau" Hessen-Nassau **Jakob Sprenger**. Er soll Hitlers Vorgaben umsetzen und überwachen. Sprenger hat viele Kompetenzen - und weiß diese zu nutzen. Im März 1935 übernimmt der militante Antisemit die Führung der Landesregierung.

Hier ist Sprenger bei seiner Amtseinführung zu sehen, Mai 1933



Sprenger vor dem Kollegiengebäude am Tag seiner Amtseinführung



# Bekanntmachung.

Der Reichsminister des Innern hat die Polizeigewalt des Volksstaates Hessen auf mich übertragen. Ich habe heute, 6. März 1933, 23,30 Uhr die gesamte Polizeigewalt in Hessen übernommen.

Zur Durchführung meiner Aufgabe habe ich den Landtagsabgeordneten Dr. Werner Best zum Sonderkommissar für das hessische Polizeiwesen mit der Befugnis mich zu vertreten und den Polizei-Oberstleutnant Fendel-Sartorius zum Führer der gesamten uniformierten Polizei sowie der Gendarmerie Hessens ernannt.

Zur Unterstützung der staatlichen Polizei bestelle ich gemäß noch ergehenden Anordnungen Hilfspolizei aus den hinter der Reichsregierung stehenden Verbänden.

Ich ermahne alle Kreise der hessischen Bevölkerung, in diesen Tagen des Uebergangs strengste Disziplin und ruhigste Besonnenheit zu wahren, um den Organen des Staates, bei denen ausschließlich die Ausübung öffentlicher Gewalt liegt, ihre Aufgabe, die Ordnung und Sicherheit im Lande aufrecht zu erhalten, nicht zu erschweren.

Darmstadt, den 6. März 1933.

**Der Inhaber der Polizeigewalt in Hessen:**

Dr. Müller.

Stadtdruckerei Rüdiger & Co., Darmstadt

G 15 Alsfeld IV 124

*J. Müller*

## Beginn der "Gleichschaltung"

Dem Pluralismus wird der Kampf angesagt. Alles soll vereinheitlicht und nationalsozialistisch gebündelt werden - Politik wie Gesellschaft.

Auch die Landeskompetenzen gehen auf das Reich über, der Volksstaat Hessen und seine gesamte Verwaltung werden "gleichgeschaltet".

Dabei greift der NS-Staat auch nach der Polizei. Die einstige Landesbehörde wird zum Herrschaftsinstrument einer Partei.

Die Polizeigewalt Hessens wird "verreichlicht". So verwundert es nicht, dass der **Reichs**innenminister die neue Leitung durch Dr. Heinrich Müller dekretiert.

Müller zählt die Aufrechterhaltung von "Ordnung und Sicherheit" zu seinen Aufgaben.

Was das NS-Regime darunter versteht, wird schnell deutlich:

Polizeiliche Maßnahmen gegen Oppositionelle lassen nicht lange auf sich warten. Es kommt zu Verhaftungen und Hausdurchsuchungen.

Zu den "neuen Köpfen" bei der Polizei gehört auch **Dr. Werner Best** (1903-1989).

Der aufstrebende Jurist – später in führender Funktion bei Gestapo, SD und SS – beginnt seine Karriere in Hessen.

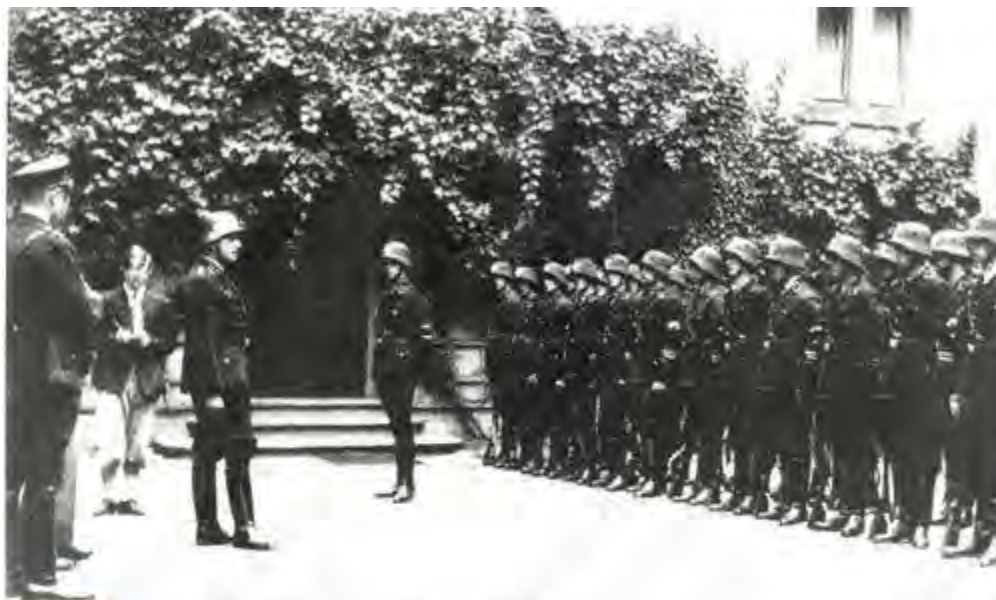
Er ist Verfasser der **Boxheimer Dokumente**, die bei ihrer Veröffentlichung einen handfesten Skandal auslösen.

In ihnen wird, basierend auf der Annahme eines fiktiven Aufstandes der Kommunisten, ein brutales Szenario nationalsozialistischer Machtübernahme entwickelt.

Als die Dokumente 1931 bekannt werden, muss Gerichtsassessor Best seinen Aushilfe-Richterposten räumen.

Seiner politischen Laufbahn schadet dies langfristig nicht – er wird später Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen.

Eine steile Karriere auf Reichsebene folgt.



Vereidigung des SS-Sonderkommandos durch  
Dr. Werner Best, März 1933



Der Staatskommissar  
für das Polizeiwesen in Hessen.

Darmstadt, den 16. März 1933.

Zu Nr. H. d. J. 3227.

A u f r u f .

Nachdem die neue Staatsregierung mir die Leitung des gesamten Polizeiwesens in Hessen übertragen hat, begrüße ich alle, mit denen ich von jetzt an diesen wichtigen Teil des Staatsapparates zu verwalten habe, der mehr als alle anderen Verwaltungszweige unter den Folgen der letzten Vergangenheit zu leiden hat. Uns ist gemeinsam die schwere Aufgabe gestellt, die durch das überwundene System verurschuldeten Schäden wieder gut zu machen und insbesondere das Vertrauen innerhalb des Polizeikörpers und das Vertrauen der Bevölkerung zur Polizei wieder herzustellen. Weiter sollen die Reformen durchgeführt werden, die aus der Hess. Polizei das wirksame Instrument des Volksschutzes gegen Gefahren jeder Art und den staatlichen Kern der soldatisch-nationalen Erneuerung in unserem Lande machen sollen. Die alten Beamtentugenden Sauberkeit, Pflichttreue und Gerechtigkeit und die Soldatentugenden Disziplin, Kameradschaft und Hingabe für die Sache sollen diese Aufbauarbeit beherrschen.

Die Maßnahmen, die zu dem gesteckten Ziele führen, werden einige Zeit in Anspruch nehmen, mit der die Ungeduld der Eiferer sich abfinden muß. Andererseits versichere ich, daß nichts vergessen werden wird, was der Reinigung und Ordnung bedarf. In der Polizei werden mehr persönliche Veränderungen notwendig werden als in anderen Verwaltungszweigen, und Härten werden sich nicht vermeiden lassen. Ich bitte aber um das Vertrauen, daß ich im Rahmen des Notwendigen mit unbeirrbarer Gerechtigkeit verfahren und nicht kleinlichen Rachegefühlen folgen werde. Insbesondere sind Denunziationen aus der Beamtenschaft nicht geeignet, mein Handeln zu beeinflussen oder den Denunzianten als besonders verdienstvoll erscheinen zu lassen.

Im Vertrauen, daß die hessische Polizei sich gern und aufrichtig als wichtiger Teil in die Reihe der Träger der nationalen Erneuerung stellen wird, reiche ich jedem meiner Mitarbeiter in kameradschaftlicher Gesinnung die Hand. Und nun ans Werk !

Heil Hitler !



Vom Selbstverständnis der neuen Machthaber zeugt auch dieser zynisch anmutende Aufruf Dr. Bests: "Uns ist gemeinsam die schwere Aufgabe gestellt [...] das Vertrauen der Bevölkerung zur Polizei wieder herzustellen".

Zeitgleich verspricht er: "daß nichts vergessen werden wird, was der Reinigung und Ordnung bedarf" und kündigt personelle Maßnahmen an - nicht ohne "Härten", aber mit "unbeirrbarer Gerechtigkeit".

(StAD, R 1 B, Nr. 21015)



# Darmstädter Zeitung

Ämtliches Organ der Hessischen Landesregierung

Bezugspreis bei wochentlich. Erscheinen: Postbezugs vierteljähr. 6.90 Rmf., monatl. 2.30 Rmf. ohne Bestellgeld, Einzelnummer 10 Rpf. - Schriftleitung: Rheinstraße 15<sup>a</sup> - Fernspr. 2596. - Geschäftsstelle: Rheinstraße 15. - Fernspr. 80. - Zeitungsschluss vorm. 10 Uhr.

Amtsveröffentlichungsblatt des Kreisamts Darmstadt  
Organ für die Bekanntmachungen des Polizeiamts Darmstadt  
..... Verlag: Hessischer Staatsverlag .....

Anzeigenpreis: Der Raum der 6 gespalt. Kleindruckzeile 30 Rpf., 3 gespalt. 90 Rpf., Anzeigenbret. Banken und Geschäfte 25 Rpf. und 20 Rpf. bzw. 75 Rpf. und 60 Rpf. Alle Preise in Rmf. (1 Doll. 4.20 Rm.) Postschaffonto: Staatsverlag, Frankfurt a. M. Nr. 68490.

Nr. 101

Dienstag, 2. Mai 1933

## Ein Tag der Kraft in Adolf Hitler zeigt der Arbeit Ziel

Das Programm für das erste Jahr des Aufbaus

CNB. Berlin, 2. Mai.

Wenn man die Bilanz dieser Maßfeier ziehen will, so ist zunächst einmal die harmonische Geschlossenheit im Aufbau der sich ergänzenden beiden Veranstaltungen des Tages festzustellen. Vielleicht waren es anderthalb, vielleicht nicht viel weniger als zwei Millionen Menschen, die nicht nur aus der Reichshauptstadt, sondern auch aus dem Lande zusammengefloren waren.

Die gigantische Größe dieser zusammengehaltenen Massen, vor denen der Kanzler des Deutschen Reiches gesprochen hat, ist das bisher Einmalige, das der Veranstaltung äußerlich den Stempel aufdrückt. Der innere Wert aber liegt in dem Geist, der diese Massen bejeelt. So bewundernswert die Organisation und die Disziplin sein mögen, die den Rahmen des Ganzen schufen, ist vielleicht doch noch stärker der stimmungsmäßige Eindruck der Einheit und Geschlossenheit, die das ganze Volk erfüllt. Diese Verbundenheit war auch der tragende Klang in der großen Rede des Führers.

Adolf Hitler hat am 1. Mai den Adel der Arbeit proklamiert.

Der Verlauf des Tages hat bewiesen, welche jubelnde und begeisterte Zustimmung keine Verkündigung des neuen Arbeitseides gefunden hat. Der Führer konnte darauf hinweisen, daß 50 Millionen sich zur gleichen Stunde vereint hatten; sie alle haben das Bekenntnis zum Adel der Arbeit aufgenommen. Damit ist die unachtere nützliche und nationale

Arbeit allein aber schaffen nicht das Leben, wenn nicht hinter ihnen steht die Kraft und der Wille eines Volkes, wenn nicht die starke Faust der Nation sich erhebt zu Schutz und Schirm der Werte der Arbeit.

Wir rufen in dieser Stunde:

Deutsches Volk, du bist stark, wenn du eins wirst. Du wirst gewaltig, wenn du den Geist des Klassenkampfes und der Zwietracht dir aus dem Herzen reißt. Du kannst hinter deine Arbeit eine unerhörte Kraft stellen, wenn du die Arbeit verbindest mit dem Willen seines gesamten Volkstums.

Wir wollen keine Anteile an die Kraft des Auslandes stellen. Unser Volk hat Kräfte genug, aber wir müssen sie schütten, pflügen und in den Dienst unserer großen Aufgaben stellen.

Wenn 70 Jahre lang der 1. Mai, wie er von den Marxisten gefeiert wurde, nicht zu einer Volksfeier geworden ist, so darum, weil unser Volk sagte: Der schönste Frühlingstag soll nicht ein Tag der Zerföderung und des Hasses sein, sondern ein Tag des Aufbaues. Was das jetzt überwundene Ziel ist, das haben wir nicht erreicht, weil es den Sinn des Tages nicht hat, das wollen wir an einem Tag fertig machen. Der 1. Mai ist

## Entlassene Polizeioffiziere

Die Pressestelle der Staatsregierung teilt mit:

„Auf Grund des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (RGBl. I. VIII. 175) wurden folgende Polizeioffiziere entlassen:

**Standort Darmstadt:** Pol.-Major Dr. Hamburger; Pol.-hauptleute Ahl, Bellof, Faber, Fleckenhaar und Seeger; Polizeioberleutante: Bert, Grebenstein, Knapp, Knierim und Müller.

**Standort Mainz:** Polizeihauptleute Kump und Moter; Polizeioberleutnante Gök, Tohe und Klingelhöfer.

**Standort Worms:** Polizeihauptmann Ester.

**Standort Buchbach:** Polizeihauptmann Brommer; Polizeioberleutnante Topel und Judith.

Die Entlassung von 20 Offizieren, zu der noch einige Verletzungen in den Ruhestand treten, bedeutet die Entfernung fast eines Drittels des Offizierskorps der Landespolizei — eine Säuberungsquote, die kaum in einem anderen Zweige des Staatsapparates erreicht werden wird.“



Das Bekanntwerden der Boxheimer Dokumente nimmt **Wilhelm Leuschner** zum Anlass, massiv gegen die NS-Bewegung vorzugehen.

Der Sozialdemokrat, Innenminister des Volksstaates, schafft sich dadurch viele Feinde.

Sobald sie die Macht dazu haben, zwingen die Nationalsozialisten ihn zum Rücktritt.

Leuschner, der sich führend in der Gewerkschaftsbewegung engagiert, verweigert auch in Folge die Zusammenarbeit mit dem NS-Regime. Aus dem Untergrund organisiert er gewerkschaftlichen Widerstand.

Immer wieder wird er verfolgt und inhaftiert.

Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 richten ihn die Nationalsozialisten in Berlin-Plötzensee hin.



**HESSEN** Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
Karolinenplatz 3, 64289 Darmstadt  
Signatur: R 4 Nr. 30757 / 2 UF

Portraitbild Leuschners, um  
1929



Darmstadt, den 2. 11. 33.  
Stadanie /  
Fernschreiber 1000

Der Reichsstatthalter  
in Hessen

Nr. R/W. \_\_\_\_\_

Betr. \_\_\_\_\_

Fräulein

Käthe L e u s c h n e r

z.Zt. Bad N a u h e i m  
-----  
Bismarckplatz 5.

Die Hessische Regierung, die für die Angelegenheit  
Ihres Vaters zuständig ist, ist nicht in der Lage, be-  
sondere Angaben über den Stand der Dinge zu machen.  
Zu Ihrer Unterrichtung teile ich Ihnen mit, dass Ihr  
Vater in diesen Tagen in das Konzentrationslager Berger -  
moor bei Osnabrück überführt wird.



Heil Hitler !

I. A.

*Trimm*

5001  
*Dankmann Jung*

Die Familie Leuschners bittet mehrfach um seine Freilassung, wird aber hingehalten - Angaben zum Verhaftungsgrund werden nicht gemacht. Ende 1933 wird Leuschner in das berühmte KZ Börgermoor im Emsland verlegt.

Berlin, den 28. Mai 1934

An die

Geheime Staatspolizei,

B e r l i n, S W.

Seit dem 23. Juni 1933 befindet sich mein Vater,  
der Staatsminister a.D. Wilhelm L e u s c h n e r in  
Schutzhaft, zurzeit in preussischer Verwahrung im Konzen-  
trationslager Lichtenburg. Meine Bemühungen, die Freilas-  
sung meines Vaters zu erreichen, sind bisher nicht zuletzt  
deshalb ohne Erfolg geblieben, weil uns der Haftgrund bis  
heute nicht bekannt gegeben worden ist, auch mein Vater  
bisher nicht vernommen worden ist, sodass auch er durch Be-  
seitigung bestimmter gegen ihn vorliegender Verdachts-  
momente nichts tun konnte. Aus diesem Grunde bitte ich um  
Nachprüfung der Angelegenheit und falls sie nicht zur so-  
fortigen Freilassung führt, um Angabe der Gründe, die die-  
se Freilassung verhindern.

*Käthe Leuschner  
Kri - Charlottenburg*

Auch in der Folge interveniert die Tochter Leuschners immer wieder. 1934 kommt er frei. (StAD, O 29, Nr. 40)



Wie Leuschner ergeht es vielen...  
Bereits im März 1933 werden die ersten Häftlinge nach **Osthofen** verbracht, es ist das erste **Konzentrationslager** auf hessischem Boden.  
Im Mai 1933 wird es offiziell eröffnet - für die "aus politischen Gründen" Inhaftierten.

Der Generalstaatsanwalt.

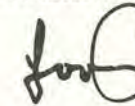
Darmstadt, den 16. Mai 1933.

Zu Nr. G. St. A. 2495.

Betr.: Konzentrationslager für Schutzhaftgefangene.

An  
die Direktion  
der Zellenstrafanstalt Butzbach  
und die Herren Vorsteher  
der Land- und Amtsgerichtsgefängnisse.

Die nachstehende Verfügung des Herrn Justizministers vom 8. Mai 1933 zu Nr. J. M. 15796 teile ich Ihnen zur Kenntnisnahme mit.



Abschrift.

pp. an den Herrn Generalstaatsanwalt.

Der Herr Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen hat durch Verfügung vom 1. Mai ds. Js. folgendes angeordnet:

1. Für das Land Hessen wird ein Konzentrationslager eingerichtet, in dem alle aus politischen Gründen in Polizeihaft genommenen Personen unterzubringen sind, deren Haft bereits länger als eine Woche dauert oder über eine Woche ausgedehnt werden soll.

Ein abweichender Haftvollzug (kürzere Haft im Konzentrationslager oder längere Haft an anderer Stelle) bedarf meiner Genehmigung.

2. Das Hessische Konzentrationslager wird eingerichtet auf dem Gelände der Papierfabrik in Osthofen, Kreis Worms.  
3. Die Verwaltung des Hessischen Konzentrationslagers wird dem Polizeiamt Worms übertragen."

In Vertretung:  
gez. Neuroth.



R 12 Konzentrationslager

StAD, R 12 K, Nr. 324

Zu den Inhaftierten zählen häufig auch dem NS-Regime missliebige Mitarbeiter der Verwaltung.

Der **Beamtenapparat** selbst wird gründlich "gesäubert".

Juden und politische Oppositionelle müssen gehen.  
Die Gleichschaltung des öffentlichen Dienstes schreitet fort.

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933  
Die Säuberungen im hessischen Behördenapparat beginnen - ganz bürokratisch: Ein Fragebogen ist auszufüllen.

Der Minister des Innern  
Fernsprecher:  
für Ortsgespräche Nr. 5001  
für Ferngespräche Nr. 5040

Darmstadt, den 20. Juni 1933.

Zu Nr. M. d. J. 34538.

Betreffend: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933; hier: die Vorlage von Fragebogen für die Beamten, Anwärter und Angestellten der Provinzial-, Kreis- und Kommunalverwaltungen und der Verwaltungen der Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Nach dem Ausschreiben des Hessischen Ministerpräsidenten vom 19. Mai 1933 zu Nr. P. M. I. 15452 zu § 3 in Verbindung mit dem vorletzten Absatz des genannten Ausschreibens haben auch die seit dem 1. August 1914 planmäßig angestellten Beamten, die Anwärter und Angestellten, die sich z. T. bei den Provinzial-, Kreis- und Kommunalverwaltungen, sowie den Verwaltungen der Körperschaften des öffentlichen Rechts in Verwendung oder Beschäftigung befinden, den Fragebogen auszufüllen, sofern nicht die bekannte Voraussetzung (Nachweis über die Teilnahme am Weltkrieg als Frontkämpfer etc.) gegeben ist.

Die hiernach von den Kommunalbeamten usw. auszufüllenden Fragebogen sind mir nur in den Fällen vorzulegen, in denen entweder die arische Abstammung zweifelhaft oder die nichtarische Abstammung festgestellt ist. Der Nachweis über die Abstammung ist durch die Geburtsurkunde des Beamten usw. und die Heiratsurkunde seiner Eltern zu erbringen.

Der Nachweis über die Teilnahme am Weltkrieg als Frontkämpfer etc. ist durch den Militärpaß oder eine beglaubigte Abschrift eines Kriegsstammrollenauszugs oder Kriegsranklistenauszugs zu erbringen, aus denen insbesondere die Teilnahme an Schlachten und Gefechten hervorgehen muß. Als Frontkämpfer gilt auch derjenige Beamte usw., der den Besitz des Abzeichens für Verwundete nachweist.

Der Staatssekretär:

An  
die Kreisämter und die Bürgermeistereien der Städte Darmstadt, Offenbach, Gießen, Mainz und Worms.

*Jung*  
*Wiese*

024



*Chronik 7244  
Lyon. 7/165*

# Hessisches Regierungsblatt

für das Jahr 1933.

*Leipzig*

Ganze Seiten füllen die Namen der Entlassenen im Hessischen Regierungsblatt

## Dienstentlassungen.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 7. April 1933 (Reichsgesetzbl. I. S. 175) § 4 wurden mit Wirkung vom 22. Juni 1933 aus dem Hessischen Staatsdienst entlassen:

der Ministerialrat Friedrich Wilhelm Diehl, der Ministerialrat Jakob Jung, der Regierungsrat Wilhelm Heinrich, der Oberschulrat Karl Friedrich, sämtlich in Darmstadt.

Auf Grund des § 4 des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Reichsgesetzbl. I. S. 175) wurden mit Wirkung vom 1. Juli 1933 aus dem Hessischen Staatsdienst entlassen:

der Oberstudiendirektor an der Studienanstalt in Offenbach Dr. Karl Weiner, der Studiendirektor an der Realschule zu Lauterbach Eduard Schoen, der Studiendirektor an der Eleonorenschule (Lyzeum und Frauenschule) zu

Neu-Isenburg Konrad von der Schmied, der Studienrat an der Realschule zu Ober-Ingelheim Karl Balser, der Studienrat an der Oberrealschule am Friedrichsplatz zu Offenbach Matthäus Mühleisen, der Studienrat an der Oberrealschule am Stadthaus in Offenbach Wilhelm Gundermann, der Studienrat an dem Gymnasium zu Offenbach Dr. Robert Schütz, der Studienrat an dem Gymnasium zu Offenbach Leopold Schwarzschild, der Studienrat an der Realschule zu Rüsselsheim Dr. Karl Niedecken, der Studienrat an der Realschule zu Schotten Abraham Ehrmann, der Studienrat an der Oberrealschule zu Worms Karl Hehl, der überplanmäßige Studienrat an dem Gymnasium zu Bensheim Dr. Leo Kopecka, der überplanmäßige Studienrat an dem Gymnasium zu Bensheim Dr. Paul Kester, der überplanmäßige Studienrat an der Oberrealschule am Friedrichsplatz in Offenbach Wilhelm Werner Götting, die Oberreallehrerin an der Studienanstalt und Frauenschule zu Mainz Sophie

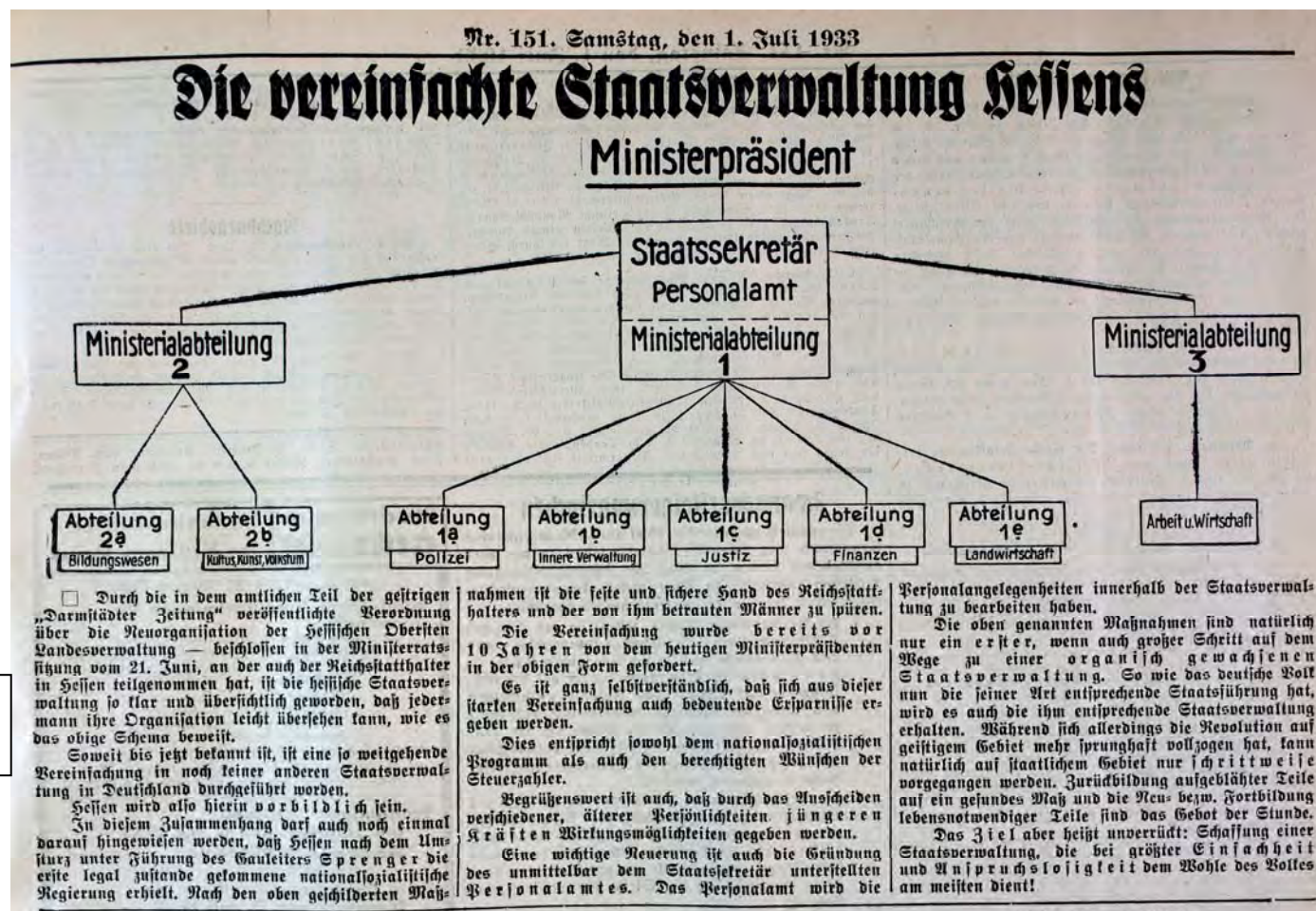
Darmst

Buchhandlung des Hess



Ziel ist eine **Verwaltung**, "die bei größter Einfachheit und Anspruchslosigkeit dem Wohle des Volkes am meisten dient!", so die Darmstädter Zeitung.

Zumindest "größte Einfachheit" hat man im Sommer 1933 erreicht:



aus: Darmstädter Zeitung



## Demonstration der Macht - die Allgegenwart der Partei

Fahnen - Aufmärsche - Kundgebungen.

Die Nationalsozialisten und ihre Embleme beherrschen das Stadtbild Darmstadts.

SA-Posten vor dem Hessischen Innenministerium am Luisenplatz, März 1933: das Ministerium ist besetzt



**HESSEN** Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
Karolinenplatz 3, 64289 Darmstadt  
Signatur: R 4 Nr. 22865



**HESSEN** Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
Karolinenplatz 3, 64289 Darmstadt  
Signatur: R 4 Nr. 23894

Vorbeimarsch von SA-Truppen vor der "ehemaligen Residenz" Wilhelm Leuschners, im Hintergrund: "Braunes Haus" (Innenministerium) (Wahlpropaganda, retuschierte Montage mit Hakenkreuzemblem und Hakenkreuzfahnen auf dem Kollegiengebäude, 1931)

Die Nationalsozialisten sind an der Macht. Das Reich ist eine Diktatur, Führerkult und Rassenwahn beherrschen die Strukturen.

Die Verfolgung und Ermordung Andersdenkender, der Tod von etwa sechs Millionen Juden, die systematische Tötung von Behinderten - die Liste der begangenen Verbrechen ist lang.

Europa wird Kriegsschauplatz des Zweiten Weltkrieges, der mehr als 50 Millionen Tote fordert und in dem unzählige Kriegsverbrechen verübt werden.

"Das deutsche Volk ist es nicht wert, zu überleben", sagt Hitler vor dem Ende.

Der menschenverachtende Despot richtet sich selbst - das "Tausendjährige Reich" existiert nicht mehr. Jetzt steht ein Neuanfang an - auf allen Ebenen.



## Wichtige Etappen der "Machtergreifung"

1933

- |             |   |
|-------------|---|
| 30. Januar  | Hitler wird Reichskanzler   |
| 4. Februar  | "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes":<br>Einschränkung der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit                         |
| 27. Februar | Reichstagsbrand   |
| 28. Februar | "Reichstagsbrandverordnung": Außerkraftsetzung von Grundrechten,<br>Massenverhaftungen von Kommunisten und anderen NS-Gegnern folgen                      |
| 5. März     | Reichstagswahl: die NSDAP geht als Siegerin hervor. Im Volksstaat Hessen erreicht sie<br>47%  |
| 6. März     | Dr. Heinrich Müller (NSDAP) wird Reichskommissar für den Volksstaat Hessen<br>Dr. Werner Best (NSDAP) wird Sonderkommissar für das hessische Polizeiwesen |
| 13. März    | Dr. Ferdinand Werner (NSDAP) wird Staatspräsident Hessens<br>Dr. Heinrich Müller wird neuer Innen-, Finanz- und Justizminister                            |
| im März     | Errichtung des ersten hessischen Konzentrationslagers in Osthofen   |

Verbot von Reichsbanner und Eiserner Front

- 20. März Die Verordnung zur "Sicherung der Verwaltung der Gemeinden" ebnet die Machtübernahme in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen
- 23. März Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes": die Hitlerregierung vereinigt Exekutive und Legislative auf sich
- 31. März "Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich": die Länder-, Provinzial- und Kommunalparlamente werden zugunsten der NSDAP umgebildet
- 1. April Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte
- 7. April "Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich": Einsatz von Reichsstatthaltern
- 7. April Gesetz "Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums": Entlassung "nichtarischer" oder politisch missliebiger Beamter
- 2. Mai Zerschlagung der Gewerkschaften
- 10. Mai Bücherverbrennungen in zahlreichen Städten
- 5. Mai Jakob Sprenger (NSDAP) wird Reichsstatthalter in Hessen



22. Juni Verbot der SPD durch das Reichsinnenministerium  
Die anderen Parteien lösen sich in Folge selbst auf
14. Juli Gesetz gegen die Neubildung von Parteien
12. November Reichstagswahl. Die NSDAP erhält in einer Scheinwahl über 90%

### **1934**

30. Januar "Gesetz über den Neuaufbau des Reiches": Übergang der Hoheitsrechte der Länder auf das Reich

Konzeption einer Begleitausstellung zur  
Gedenkveranstaltung am 20. Februar 2013  
im Regierungspräsidium Darmstadt

- Schwerpunkt Kollegiengebäude -



Von Deutschland geht der Krieg aus - nach Deutschland kehrt er zurück.  
Der "totale Krieg", den Hitler in der Welt sät, wird auch im deutschen Luftraum ausgetragen.

Im Spätfrühling 1940 wird Darmstadt erstmalig durch die Alliierten bombardiert. Weitere Angriffe folgen.  
Eine Stadt, einst für ihre Schönheit berühmt, liegt in Schutt und Asche.

In der verheerenden "Brandnacht" vom 11. auf den 12. September 1944, in der nahezu die ganze Innenstadt dem Luftkrieg zum Opfer fällt, treffen die Bomben auch das Kollegiengebäude.

Das Ausmaß der Zerstörung ist gewaltig. Fast nur die Außenmauern bleiben stehen.  
Das einst so prächtige Gebäude: tonnenweise Schutt.



HESSEN



Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
Karolinenplatz 3, 64289 Darmstadt  
Signatur: R 4 Nr. 32319

Im Jahr 1949 beginnt der Aufbruch in eine neue Ära: im großen Stil wird der Wiederaufbau vorangetrieben.

1951 ist das Gebäude soweit wiederhergestellt, dass etliche Mitarbeiter des Regierungspräsidiums im Kollegiengebäude ihre Arbeit aufnehmen können.



Blick auf das wiederaufgebaute Haus von Norden, 1951

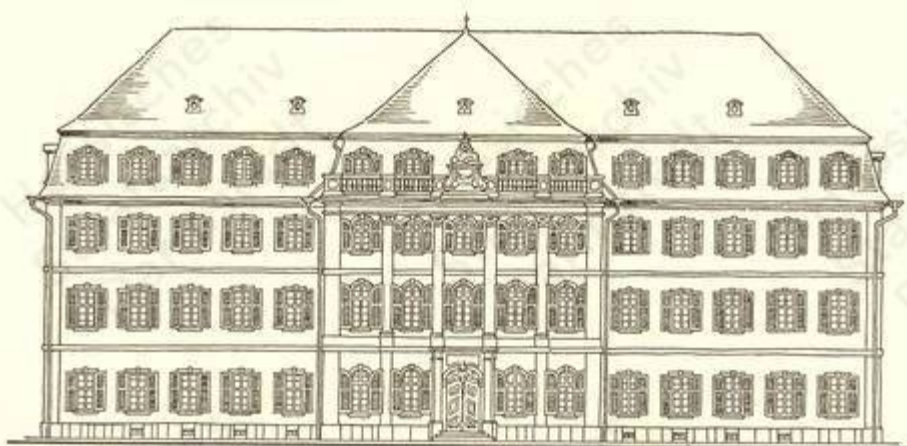


Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
Karolinenplatz 3, 64289 Darmstadt  
Signatur: R 4 Nr. 32317

Zwei Jahre später: die feierliche Wiedereröffnung des Kollegiengebäudes.

Über 300 Ehrengäste sind zum Staatsakt geladen, darunter auch die Angehörigen der NS-Opfer Wilhelm Leuschner, Ludwig Schwamb und Carlo Mierendorff. An ihre Verfolgung erinnert eine Gedenktafel.

Der Kreis der Gäste ist illustert. Zugegen sind Ministerpräsident Georg August Zinn, Innenminister Heinrich Zinnkann und Finanzminister Dr. Heinrich Troeger.



Hessisches Staatsarchiv Darmstadt  
Karolinenplatz 3, 64289 Darmstadt  
Signatur: R 4 Nr. 16560

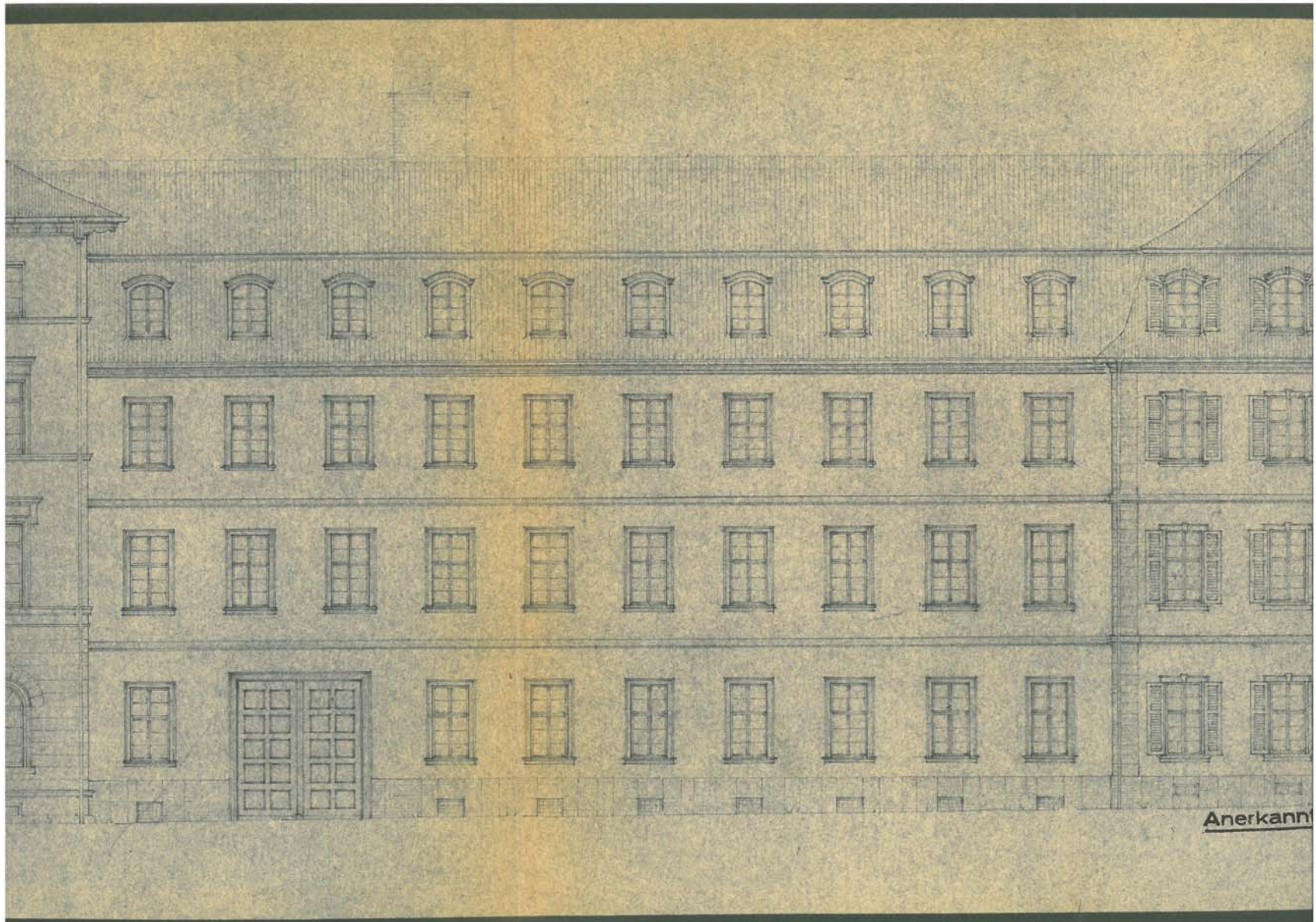
"In alter Schönheit ist es wieder errichtet worden" - so der Text auf der Einladungskarte zur Einweihungsfeier am 23. Februar 1953.

Mit der Geschichte und der Kultur des Landes Hessen-Darmstadt ist das  
**Kollegiengebäude**  
eng verknüpft.

Am 11./12. September 1944 wurde es zerstört.  
In alter Schönheit ist es wieder errichtet worden.  
In der Eingangshalle erinnert eine Gedenktafel an  
Staatsminister Wilhelm Leuschner, Staatsrat Ludwig Schwamb  
und Pressereferent Carlo Mierendorff.

Das Haus wird am 23. Februar 1953 eingeweiht  
und dem Regierungspräsidenten als Dienstgebäude übergeben.





Straßenansicht des Westflügels, Staatsbauamt,  
1953 (P 11, Nr. 2055)